

Diversifikation von Studienangeboten im Fachhochschulbereich

Andrä Wolter

Im Kontext der Diskussion über den Ausbau der Fachhochschulen und - damit einhergehend - die Erweiterung der Studienangebote stellt der folgende Beitrag verschiedene Strategien zur Diversifikation der Studienangebote im Fachhochschulbereich vor. Die vier wichtigsten sind

- die Verlagerung von Studiengängen aus Universitäten in Fachhochschulen,
- die Etablierung konkurrierender Angebote an Universitäten und Fachhochschulen,
- die horizontale Spezialisierung sowie
- die Strategie des *upgrading*.

Insbesondere diesem letzten Typus - der kollektiven Anhebung beruflicher Ausbildungsvoraussetzungen auf Fachhochschulniveau - kommt angesichts der wohl auch weiterhin zu erwartenden expansiven Entwicklung der Bildungsnachfrage eine zentrale Bedeutung für den Ausbau der Fachhochschulen zu.

Der vorliegende Beitrag ist aus einem Referat auf der Tagung "Fachhochschulen im Aufwind" (18. bis 20. März 1993) in der Evangelischen Akademie Loccum hervorgegangen.

1 Motive

Hochschulrektorenkonferenz, Wissenschaftsrat, die Hochschulpolitik des Bundes und der Länder sind sich gegenwärtig weithin - zumindest programmatisch - in der Forderung nach einem beschleunigten Ausbau der Fachhochschulen einig, auch wenn die dafür vorgeschlagenen Zielzahlen teilweise noch erheblich variieren. Eine weitgehende Übereinstimmung besteht auch darin, daß sich der weitere Ausbau der Fachhochschulen nicht allein innerhalb des vorhandenen Spektrums an Studienfächern und Studiengängen vollziehen darf, sondern eine Erweiterung des etablierten Angebots erfordert. Der Wissenschaftsrat hat hierauf mit Nachdruck - nicht zum ersten Mal - in seinen 1991 vorgelegten "Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den neunziger Jahren" (*Wissenschaftsrat 1991, S. 74 ff*) hingewiesen und dies in seinen im Januar 1993 veröffentlichten "10 Thesen zur Hochschulpolitik" (*Wissenschaftsrat 1993, S. 31 ff - These 4 - u. 34 ff - These 5*) bekräftigt.

Die hochschulpolitischen Maximen, die die Forderungen nach einem Ausbau der Fachhochschulen und einer Erweiterung der Studienangebote begründen, lassen sich in knapper Form folgendermaßen zusammenfassen:

- Aufgrund der anhaltenden expansiven Entwicklung der schulischen Bildungsbeteiligung und der altersbezogenen Studienberechtigtenquoten ist auch in Zukunft mit einer - früheren Prognosen widersprechenden - wachsenden Nachfrage nach Hochschulbildung und einer steigenden relativen Studienbeteiligung zu rechnen. Hiervon werden insbesondere die Fachhochschulen profitieren, die bereits heute einen gegenüber den Universitäten erkennbar höheren Nachfrageüberhang aufweisen. Folgt man den IAB/Prognos-Projektionen (*Tessaring 1991 S. 45 ff*) zum zukünftigen Arbeitskräfte- und Qualifikationsbedarf, so nimmt gleichzeitig auch der Bedarf an solchen Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt zu, die ein (Fach-)Hochschulstudium absolviert haben. Nachfrage- und Bedarfsentwicklung signalisieren einen tiefgreifenden Funktionswandel von Hochschulstudium und -ausbildung. Die Hochschule wird neben der schulischen und betrieblichen Berufsausbildung immer mehr zum dritten zentralen Lernort unseres Berufsausbildungssystems.
- Ausbildungs- und arbeitsmarktpolitischen wie aus verfassungsrechtlichen Gründen verbietet es sich, einer langfristig wachsenden Studiennachfrage durch eine immer weitere Einschränkung der Studien- und Zulassungsmöglichkeiten zu begegnen.

Vielmehr gibt es auf Dauer zu einer nachfrageorientierten Politik des Offenhaltens bzw. - angesichts eines ausufernden Numerus clausus im Universitätsbereich und eines fast flächendeckenden Numerus clausus im Fachhochschulbereich - des Wiederöffnens der Hochschulen prinzipiell keine Alternative. Dies verlangt - so argumentiert etwa der Wissenschaftsrat - unter anderem einen gezielten weiteren Ausbau des Hochschulwesens, insbesondere der Fachhochschulen, sowie eine Umstrukturierung des Studiums und eine Differenzierung der Studienangebote. Der Fachhochschulbereich soll dabei "zu einer auch im Umfang bedeutenden Alternative zum Universitätssektor entwickelt werden. Dazu sind ein energischer Ausbau, die Entwicklung neuer Studiengänge und die Beseitigung von Funktionsmängeln erforderlich" - so heißt es in der 4. These aus den "10 Thesen" des Wissenschaftsrats zur Hochschulpolitik (*Wissenschaftsrat 1993, S. 31*).

- Der Ausbau der Fachhochschulkapazitäten muß mit der Einrichtung neuer Studienangebote einhergehen, weil
 - schon heute die Fachhochschulen in ihren hauptsächlichen Angebotsfeldern - etwa den Ingenieurwissenschaften, der Betriebswirtschaft oder der Sozialpädagogik - mehr als 50 % aller Hochschulabsolventen und -absolventinnen dieser Fachrichtungen ausbilden (*Wolter, Back u.a. 1992, S. 219*), und
 - bei einer ständig steigenden, sich auf einen Jahrganganteil von ca. 40 % zubewegenden Studiennachfrage das traditionelle Studienangebot der (Fach-) Hochschulen und die damit verbundenen Berufsfelder unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten zu eng sind.

Ein steigender Anteil von Hochschulabsolventen/-absolventinnen an der erwerbstätigen Bevölkerung macht die Erschließung neuer Tätigkeitsfelder und die Einrichtung neuer Ausbildungsgänge notwendig, wenn tiefgreifende Konflikte zwischen dem Angebot ("output") der Hochschulen und dem Bedarf des Beschäftigungssystems vermieden werden sollen (vgl. dazu auch Abschnitt 3).

2 Strategien

Die Fachhochschulen haben sich bereits in den vergangenen Jahren bei der Weiterentwicklung ihrer Studienangebote und der Einführung neuer praxisbezogener Studienformen als innovativ erwiesen. In der aktuellen hochschulpolitischen Diskussion findet sich eine Fülle weiterer Vorschläge zur Erweiterung des Angebots, die jedoch eher einen bunten und insgesamt wenig

systematischen Eindruck erwecken. Es mag daher nützlich sein, zwischen mehreren voneinander unabhängigen Typen der Diversifikation zu differenzieren, die mit jeweils unterschiedlichen hochschul- und arbeitsmarktpolitischen Strategien, Voraussetzungen und Folgen verbunden sind.

Typ 1: Die Verlagerung von Studiengängen aus Universitäten in Fachhochschulen

Bei diesem Typus geht es darum, Studiengänge, die bislang überwiegend an Universitäten, daneben aber teilweise auch schon an Fachhochschulen angeboten werden, komplett in den Fachhochschulbereich zu verlagern. Beispiele dafür, die in der hochschulpolitischen Diskussion immer wieder angeführt werden, sind u.a. Zahnmedizin, Pharmazie, einige Lehrämter (Grundschule, Berufsschule), andere pädagogische Berufsfelder (Sozialpädagogik, Familien- und Freizeitpädagogik) sowie Studiengänge im Sprachenbereich (Dolmetscher/-in, Übersetzer/-in). Das Gesamtangebot im Hochschulbereich wird hiermit nicht erweitert, sondern zugunsten der Fachhochschulen umverteilt. Als grundsätzlich geeignet für eine solche Verlagerung werden in erster Linie solche Studienfächer bzw. Studiengänge angesehen, die dem besonderen Profil des Fachhochschulstudiums, etwa der Berufsorientierung und dem Praxisbezug, entgegenkommen.

Für diese Strategie spricht, daß das Gefüge der Studienfächer und Studiengänge und deren Verteilung auf Universitäten und Fachhochschulen nicht (oder jedenfalls nicht primär) auf systematischer Planung und Zuweisung beruhen, sondern sich historisch schrittweise in dieser Form herausgebildet haben. Für die klassischen Professionen (Ärzte, Juristen, Pfarrer) war der Prozeß der Akademisierung bereits weitgehend in der Mitte des 19. Jahrhunderts abgeschlossen. In anderen Berufsfeldern, etwa in der Zahnmedizin, ist die Bindung der Berufsausübung an ein abgeschlossenes Hochschulstudium erst später hergestellt worden (vgl. dazu *Prahl 1978*). Die Fachhochschulen zählen dagegen zu den jüngsten Einrichtungen des Hochschulbereichs. Der Kernbestand ihrer Studienangebote ist aus den Ausbildungsgängen der Vorgängereinrichtungen (höheren Fachschulen, Akademien u.a.) hervorgegangen. Allein aufgrund ihres Alters und ihrer Traditionen liegt ihr primärer Wirkungskreis daher außerhalb der klassischen akademischen Professionen, ist aber statt dessen wesentlich offener für neue Entwicklungen und Anforderungen.

Die institutionelle Zuordnung von Studienfächern ist also mehr historisch gewachsen als zielgerichtet geplant worden. Sie enthält daher eine Variabilität, die prinzipiell für Umschichtungen offen ist. Nach wie vor ist jedoch in der hochschulpolitischen Diskussion kein systematisches Kriterium

erkennbar, welche Studiengänge für eine solche Verlagerung geeignet sind (und welche nicht). Warum dafür zum Beispiel - nach Auffassung des Wissenschaftsrates - wohl die Studiengänge für Grund- und Berufsschullehrer in Frage kommen, die Studiengänge für Realschul-, Hauptschul- und Gymnasiallehrer dagegen exklusiv den Universitäten vorbehalten sein sollen, ist nicht ohne weiteres nachvollziehbar. Sind es Unterschiede im Grad der Wissenschaftlichkeit, in der Berufs- und Praxisorientierung, in der Studienorganisation und der Art des Lehrens und Lernens oder im Forschungsbezug, die hier zwischen Universitäten und Fachhochschulen differenzieren?

Typ 2: Etablierung konkurrierender Studienangebote an Universitäten und Fachhochschulen

Bei diesem Typus geht es darum, zu einer möglichst großen Zahl universitärer Studienangebote vergleichbare Angebote an Fachhochschulen zu schaffen. Damit soll zwischen Universitäten und Fachhochschulen ein Wettbewerb mit dem Ziel eröffnet werden, in der Verteilung der Studienanfänger bzw. -anfängerinnen und der Studierenden eine Umschichtung von Universitäten zu Fachhochschulen zu erreichen. Das besondere Studiengangsprofil der Fachhochschulen (Praxisbezug, Studienzeit, Berufschancen) gilt als so attraktiv, daß der erwartete Umverteilungseffekt tatsächlich auch eintritt. Mit dieser Umschichtung können verschiedene hochschulpolitische Ziele verfolgt werden, z.B. die Entlastung der Universitäten in überfüllten Studiengängen, effizientere und kostengünstigere Ausbildungsformen oder eine größere Bedarfsgerechtigkeit der Ausbildung.

Beispiele für solche konkurrierenden Angebote sind zunächst einige der klassischen Fächer des Fachhochschulkanons (Betriebswirtschaft, Maschinenbau, Elektrotechnik, Architektur, Bauingenieurwesen). Ein in jüngster Zeit mehrfach diskutiertes neueres Beispiel ist die Einführung des Studiengangs Wirtschaftsrecht an der Fachhochschule Nordostniedersachsen (Standort Lüneburg). Dieser Studiengang bedeutet den Einstieg der Fachhochschulen in die bislang den Universitäten vorbehaltene Juristenausbildung (hier zunächst primär für Tätigkeitsfelder in der Privatwirtschaft, in öffentlichen Wirtschaftsbetrieben oder in Dienstleistungseinrichtungen) und die Verabschiedung von der Figur des Einheitsjuristen zugunsten differenzierter berufsfeldorientierter Angebote. Die Beispiele zeigen, daß solche Parallelangebote die ganze Breite eines Faches, aber auch nur bestimmte Schwerpunkte innerhalb eines Faches umfassen können (wie dies bei den Wirtschaftsjuristen der Fall ist).

Ähnlich wie beim ersten Typ ist auch hier die Frage noch nicht beantwortet,

von welchen Kriterien es abhängt, ob ein Studienfach oder Studiengang exklusiv an Universitäten, an Fachhochschulen oder an beiden Hochschulformen angeboten wird. Neben rationalen Gesichtspunkten (wie den bereits oben genannten) spielen hier gewiß historisch überlieferte Stereotype über die wissenschaftliche Dignität von Studienfächern eine ebenso gewichtige Rolle wie organisierte hochschulpolitische und gesellschaftliche Interessen. Die Verlagerung von Studiengängen und die Einrichtung konkurrierender Angebote haben aus der Sicht der Universitäten unerwünschte Konsequenzen für die Verteilung und Umschichtung von Ressourcen. Darüber hinaus sind mit einigen Studienfächern (beispielhaft dafür ist die kontroverse Debatte über den Studiengang Wirtschaftsrecht) starke berufs- und standespolitische Interessen verbunden, die sich einer Zuordnung zum Fachhochschulbereich massiv widersetzen. Dies mag erklären, warum etwa der Wissenschaftsrat zwar Studiengänge aus dem Sprachen- und Sozialbereich, nicht jedoch Fächer wie Zahnmedizin oder Pharmazie für "fachhochschulgeeignet" hält.

Typ 3: Die horizontale Spezialisierung

Hierbei handelt es sich um die Konzipierung neuer Studienangebote im Rahmen des bestehenden Fächerspektrums und in Anlehnung an vorhandene Studiengänge, wobei sich drei Untertypen unterscheiden lassen.

- Innerhalb bereits im Angebot der Fachhochschulen vorhandener Fächer werden neue Schwerpunkte oder Anwendungsfelder gebildet. Die Ausdifferenzierung der Betriebswirtschaft und vieler ingenieurwissenschaftlicher Fächer in neue berufsbezogene oder innerfachliche Schwerpunkte, z.T. auf der Basis eines gemeinsamen Grundstudiums, z.T. von vornherein als selbständige Studiengänge, entspricht diesem Muster.
- Vorhandene Fächer werden interdisziplinär zu neuen Fächern zusammgeführt oder in begrenztem Umfang mit neuen Fächern verbunden (z.B. Wirtschaftsinformatik oder Wirtschaftsingenieurwesen; neuartige Verbindungen zwischen Wirtschaft, Sprachen und Informatik; die Verbindung von Sozialpädagogik und Verwaltungswissenschaft zu einem Studiengang Sozialmanagement; oder der Studiengang Hafen- und Seeverkehrswirtschaft am Standort Elsfleth der Fachhochschule Oldenburg). Insbesondere die Verbindung zwischen technischen und wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildungselementen zu neuen Studienrichtungen ist hier wegweisend.

- Auch die vom Wissenschaftsrat so genannte fachliche Erweiterung an den Rändern des bisherigen Fächerspektrums gehört in diesen Zusammenhang (Beispiele sind Physiktechnik oder Medizintechnik), wobei eine Abgrenzung gegenüber den anderen beiden Untertypen nur schwer zu ziehen ist.

Eine ganze Reihe der im Fachhochschulbereich in den letzten Jahren neu eingeführten Studienangebote und der vorhandenen Ausbaupläne entspricht diesem Muster der horizontalen Spezialisierung. In manchen Fällen ist damit jedoch die Gefahr einer zu starken Spezialisierung und einer zu großen Festlegung auf konkrete Berufsfelder verbunden ("Nischen"). Bei einer Ausdifferenzierung vorhandener Studienangebote muß daher darauf geachtet werden, "daß Fachhochschulstudiengänge curricular hinreichend breit angelegt sind, um den Absolventen die notwendige Flexibilität und Mobilität im Berufsleben zu ermöglichen" (*Tippe 1985, S. 7*). Die Strategie der horizontalen Spezialisierung ist wohl der bislang am häufigsten beschrittene Weg zur Erweiterung der Studienangebote an Fachhochschulen. Dies hat vermutlich vor allem den Grund, daß bei dieser Strategie - verglichen mit den anderen drei Typen - die geringsten verbands-, berufs- und bildungspolitischen Widerstände zu überwinden sind und dieses Vorgehen im wesentlichen der Eigendynamik der Wissensentwicklung im Rahmen herkömmlicher Fachdisziplinen oder neuer Fachstrukturen folgt.

Typ 4: Upgrading

Hierbei geht es darum, daß Berufsgruppen, die bislang nicht auf Hochschulebene ausgebildet werden, sondern eine betriebliche Berufsausbildung oder eine (Berufs-)Fachschulausbildung absolvieren, in Zukunft an Fachhochschulen ausgebildet werden sollen. Es handelt sich also um eine Veränderung in der vertikalen Zuordnung von Ausbildungsgängen zu Ausbildungseinrichtungen. Im Unterschied zu Verdrängungsprozessen auf dem Arbeitsmarkt geht es hier um die formelle, kollektive Anhebung der Ausbildungsvoraussetzungen. *Upgrading* beinhaltet jedoch weit mehr als nur eine institutionelle Verlagerung oder Statusaufwertung vorhandener Ausbildungsgänge. Vielmehr sind damit weitreichende qualitative Veränderungen in den Berufsbildern, den Ausbildungszielen und curricularen Inhalten, den Zugangsvoraussetzungen, der Art des Praxisbezuges und den Lehr- und Lernformen und schließlich auch in der Berufsausübung verbunden.

In vielen Berufen läßt sich gegenwärtig ein erheblicher Wandel in den Qualifikationsanforderungen beobachten, der eine wissenschaftliche Vertiefung der beruflichen Kompetenzen notwendig macht (z.B. im Bereich der theoretischen Reflexion beruflichen Handelns und der Methodenkompeten-

zen). In vielen Tätigkeitsfeldern sind praktisches Erfahrungswissen und theoretisches Reflexionswissen immer weniger voneinander zu trennen, so daß sich hier eine Art "schleichende" Theoretisierung oder Verwissenschaftlichung beruflicher Aufgaben und Anforderungen beobachten läßt. Darüber hinaus spielt hier die berufspolitische Frage der Vergleichbarkeit und Anerkennung von Ausbildungsgängen und Abschlüssen im Rahmen des europäischen Arbeitsmarktes eine Rolle, da einige Berufe (z.B. im Gesundheitswesen) in anderen europäischen Staaten schon an Hochschulen ausgebildet werden. Im übrigen sind viele akademische Berufe, etwa die Volksschullehrer (die heutigen Grund- und Hauptschullehrer) und die Zahnärzte, erst in diesem Jahrhundert den Weg des upgrading von mehr handwerklichen oder seminaristischen Ausbildungsvoraussetzungen zum Hochschulstudium gegangen.

Ein aktuelles Beispiel sind die nichtärztlichen Gesundheitsberufe. Das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung (IES) Hannover hat im vergangenen Jahr - an entsprechende Empfehlungen des Wissenschaftsrats anknüpfend - in Zusammenarbeit mit verschiedenen Berufsverbänden einen Modellversuch "Entwicklung eines Studiengangs für Gesundheitsberufe in Therapie und Geburtshilfe an Fachhochschulen" konzipiert (*Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung GmbH an der Universität Hannover 1992*). Er betrifft eine bestimmte Gruppe von Medizinalfachberufen, deren gemeinsames Merkmal eine weitgehend selbständige Aufgabewahrnehmung mit herausgehobenen Anforderungen an Methoden- und Evaluationskompetenz (z.B. bei der Planung von Therapien und der Überprüfung ihres Erfolgs) ist. Es handelt sich dabei um die Fachrichtungen Logopädie, Ergotherapie, Krankengymnastik/Physiotherapie, Geburtshilfe und Orthoptistik. Auch hier gilt es beträchtliche Widerstände zu überwinden, was unter anderem etwas mit den berufsrechtlichen Rahmenregelungen, den Folgekosten, den etablierten Berufshierarchien oder den Interessen der vorhandenen Ausbildungseinrichtungen und ihrer Träger zu tun hat.

Prinzipiell gibt es hier - zum einen - die Möglichkeit, die Ausbildung einer ganzen Berufsgruppe umzustrukturieren, wie das bei dem vom IES entworfenen Modellversuch der Fall wäre. Da Ausbildung und Berufszugang in diesen Berufen zum Teil durch Bundesrecht geregelt sind, werfen Modellversuche dieser Art jedoch erhebliche Implementationsprobleme auf. Zum anderen können neue Angebote lediglich für herausgehobene Funktionsträger (z.B. Lehr- und Leitungskräfte) entwickelt werden, wie das etwa die Denkschrift der Robert-Bosch-Stiftung "Pflege braucht Eliten" (*Robert-Bosch-Stiftung 1992*) für den Pflegebereich anstrebt und an einigen Hochschulen bereits praktiziert wird.

Über die Gesundheitsberufe hinaus kommen viele qualifizierte kaufmännische, technische, erzieherisch-betreuende oder administrative Berufe prinzipiell für eine solche Ausbildungsreform in Frage. In manchen Feldern (etwa im Bereich des Bankenwesens) finden solche Prozesse der "Akademisierung" bereits statt, wenngleich in anderen institutionellen Formen. Ein erwünschter Nebeneffekt bestünde im übrigen darin, daß durch upgrading die Beteiligungsquote von Frauen im Hochschulbereich schlagartig vergrößert würde, da sich viele Tätigkeitsfelder an der Schwelle zur (Fach)Hochschulausbildung vor allem in den traditionellen Frauenberufen finden.

Weitere Strategien

Zwei weitere Typen der Diversifikation sollen abschließend genannt werden, ohne sie weiter auszuführen.

- Bei der Teilprofessionalisierung als einer gleichsam gemäßigten Form des upgrading würden nicht die gesamten Ausbildungsbestandteile, sondern lediglich bestimmte theoriebezogene Ausbildungsanteile an Fachhochschulen institutionalisiert. Das Studium würde dann jedoch in der Regel nicht zu einem regulären FH-Diplom führen, sondern zu Zertifikaten eigener Art. Dieser Typ ist daher mehr für weiterbildende als für grundständige Studienangebote geeignet.
- Die Integration der behördeninternen Verwaltungsfachhochschulen, soeben erneut vom Wissenschaftsrat in seinen "10 Thesen" angeregt (*Wissenschaftsrat 1993, S. 34 f*), liefe zwar zunächst nur auf eine formale Erweiterung der Studienangebote im Fachhochschulbereich hinaus. Daraus könnten sich jedoch zahlreiche Kombinationsmöglichkeiten mit anderen Fächern zu neuen Studiengängen ergeben - etwa in der Verbindung von Wirtschaft und Verwaltung, Kultur und Verwaltung oder Sozialarbeit und Verwaltung.

3 Schlußbemerkung

Upgrading wird in den nächsten Jahrzehnten aus bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Gründen die wichtigste Strategie zur Diversifikation der Studienangebote sein müssen. Das findet seine Begründung nicht nur im Wandel beruflicher Anforderungen durch zunehmende Verwissenschaftlichung beruflichen Handelns in vielen Tätigkeitsfeldern, sondern vor allem in den fundamentalen Veränderungen der relativen Bildungsbeteiligung in

den nachwachsenden Generationen. Immer mehr Jugendliche erwerben eine Studienberechtigung und realisieren diese auch. Der anhaltende Trend zu höherer Bildung und zum Hochschulbesuch führt aber - gerade bei rückläufigen Jahrgangsstärken - dazu, daß die Konkurrenz zwischen der betrieblichen und schulischen Berufsausbildung und dem Hochschulwesen um die Rekrutierung des erforderlichen Nachwuchses wächst.

Die gegenwärtig populäre Parole, in der Bundesrepublik gäbe es inzwischen mehr Studierende als Auszubildende, beruht zwar auf einem statistischen Artefakt, da ein direkter Vergleich zwischen der absoluten Zahl der Studierenden und der der Auszubildenden aus methodischen Gründen unzulässig ist. Der Vergleich zwischen den jeweiligen jahrgangsbezogenen Anfänger- und Absolventenanteilen liefert jedenfalls noch keinen Anlaß für die dramatische Befürchtung, in der Bundesrepublik drohe mit einer 'Studierendeninflation' eine Art 'neuer Bildungsnotstand' mit einer weiteren Verschärfung des Fachkräftemangels. Aber der Trend ist nicht zu verkennen: In der altersgruppenbezogenen relativen Bildungsbeteiligung vollzieht sich eine nachhaltige Umschichtung von der schulischen und betrieblichen Berufsausbildung zum Hochschulbesuch. Dieser Trend wird sich nach den vorliegenden Projektionen zur Entwicklung der Studiennachfrage in den nächsten Jahren weiter fortsetzen (vgl. *Wolter/Back u.a. 1992, S. 241 ff.*).¹ In den letzten Jahrzehnten haben sich Bildungsbewußtsein und Bildungsverhalten in der Bevölkerung so tiefgreifend verändert, daß sich die expansive Entwicklung der Bildungsnachfrage und der Bildungsbeteiligung voraussichtlich mehr oder weniger eigendynamisch fortpflanzen wird.

Die Strategie des upgrading ist eine Möglichkeit, die sich daraus potentiell ergebenden Konflikte zwischen dem Leistungen des Bildungssystems und dem Nachwuchsbedarf des Beschäftigungssystems abzumildern. Sie entspricht dem beobachtbaren Wandel in der Bildungsnachfrage mit einem weiter steigenden Bildungsaspirationsniveau in der Bevölkerung und gewährleistet gleichzeitig die Erfüllung der beruflichen Funktionen im Beschäftigungssystem. Unter diesem Gesichtspunkt ist upgrading - die Veränderung von Ausbildungsstrukturen und beruflichen Tätigkeitsprofilen - eine Antwort auf die expansive Nachfrageentwicklung im Bildungssektor und die ebenso dynamische Entwicklung der beruflichen Qualifikationsanforderungen im Beschäftigungssystem.

Abschließend soll noch darauf hingewiesen werden, daß eine solche

¹ Ähnlich die verschiedenen, regelmäßig 'nach oben' korrigierten Prognosen der Kultusministerkonferenz.

Veränderung der Ausbildungswege durch Umschichtung aus dem berufsbildenden Bereich in die Hochschule auch Folgen für die private und öffentliche Bildungsfinanzierung hat. Soweit es sich um Ausbildungsangebote im Rahmen des dualen Berufsausbildungssystems oder im Rahmen von Fachschulen in zum Teil privater Trägerschaft handelt, geht mit einer institutionellen Verlagerung in den Hochschulbereich auch eine Umschichtung von privaten zu öffentlichen Aufwendungen und Leistungen einher. So führt der Wandel des Bildungsverhaltens zu einer relativ stärkeren Inanspruchnahme öffentlich finanzierter und entsprechend zu einer relativen Entlastung privat finanzierter Ausbildungsleistungen. Dies sollte Anlaß dafür sein, angesichts der absehbaren Veränderungen in unserer Bildungslandschaft auch über neue Modelle der Bildungsfinanzierung nachzudenken.

Literaturverzeichnis

Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH an der Universität Hannover (1992): Entwicklung eines Studiengangs für Gesundheitsberufe in der Therapie und Geburtshilfe an Fachhochschulen, unveröffentlichtes Manuskript. Hannover

Prahl, H.W. (1978): Sozialgeschichte des Hochschulwesens. München

Robert-Bosch-Stiftung (1992): Pflege braucht Eliten - Denkschrift zur Hochschulausbildung für Lehr- und Leitungskräfte in der Pflege, Gerlingen (Beiträge zur Gesundheitsökonomie, Bd. 28).

Tessaring, M. (1991): Tendenzen des Qualifikationsbedarfs in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2010. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 24, 1991, S. 45-60.

Tippe, J. (1985): Möglichkeiten fachlich neuer Studienangebote an Fachhochschulen. In: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Weiterentwicklung der Studienangebote an Fachhochschulen. Bonn (Studien zu Bildung und Wissenschaft).

Wissenschaftsrat (1993): 10 Thesen zur Hochschulpolitik. Berlin

Wissenschaftsrat (1991): Empfehlungen zur Entwicklung der Fachhochschulen in den 90er Jahren. Köln

Wolter, A.; Back, H.-J. u.a. (1992): Regionale Strukturanalyse des Schul- und Hochschulsystems in Niedersachsen, Teilband II, Hochschule (Materialien des Instituts für Entwicklungsplanung und Strukturforschung, Bd. 150). Hannover

Anschrift des Verfassers:

Dr. Andrä Wolter
Sperbergasse 27 c

31303 Burgdorf